

Die Bildungspolitiker haben komplett verschlafen

Ja: Es ist richtig, dass über die Pädagogische Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz (PH FHNW) debattiert wird. Der Druck auf die Schweizer Schulen wächst. Der Lehrpersonenmangel akzentuiert sich schnell und drastisch. Und die Ansprüche an die Schule und damit die Lehrpersonen wachsen jährlich – nicht nur, aber auch wegen des Umgangs mit einer umfassenden Digitalisierung der Kommunikation in allen Lebensbereichen. Das diskutierte Handyverbot an Schulen ist dabei nur das Tüpfelchen auf dem i.

Aber: Der Sturm auf die PH FHNW erfolgt am falschen Ort. Seitdem das Belegungssystem für die Studienpläne im Juni kurz komplett darniederlag und Studierende via selbst organisierter Umfrage ihrer Unzufriedenheit Luft machten, ergiesst sich unablässig Entrüstung über die Institution, die in

der gesamten Nordwestschweiz für die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern aller Stufen zuständig ist.

Dass in Basel-Stadt Wahlkampf herrscht – am 20. Oktober wird das Kantonsparlament neu gewählt –, hilft der Sache nicht. Da prasseln Wortmeldungen jener Politikerinnen und Politiker auf die Fachhochschule ein, die «schon lange mal» etwas zu den Zuständen sagen wollten. Oder anders gesagt: Jetzt kommen die Voten derjenigen, die das Thema bislang verschlafen haben. Vielleicht winken noch ein paar Stimmen aus der Lehrerschaft.

Das macht die Probleme der PH FHNW nicht kleiner: Die Frage zwischen Praxisnähe und Theorie hat spätestens seit der Eingliederung in die Fachhochschule mit ihren entsprechenden, akademisierten

Prozessen und Vorgaben noch mehr an Dynamik gewonnen. Neu ist die Frage nicht. Aber sie kann nicht einfach mit einem Vorstosspaket beantwortet werden: Dem Grundproblem, dass die Lehrpersonen-Ausbildung für den Beruf fit machen muss, aber gleich-

Probleme der Lehrpersonen-ausbildung werden am falschen Ort verhandelt.

zeitig einen wissenschaftlichen Boden zu vermitteln hat, ist weder mit einer Auswechslung der PH-Direktion gedient noch mit dem Einrichten eines nostalgischen «Lehrerseminars» alten Vorbildes in Basel.

Es ist also richtig, dass die Probleme der PH FHNW diskutiert werden, insbesondere in fachlicher und gesellschaftspolitischer Hinsicht. Allein schon, um die Versäumnisse einer während der Coronapandemie völlig eingeschlafenen Bildungspolitik beider Basel aufzuholen.

Es ist aber alles andere als richtig, diese Probleme allein an diesem aktuellen Anlass zu verhandeln: Dem kurzfristigen Zusammenbruch eines Belegungssystems und einer darauf folgenden spontanen, weitgehend anonymen Unzufriedenheits-Umfrage. Dieser Nagel hält die Last schlecht.

Denn die Fragen sind entschieden zu wichtig, um sie über dieselbe Leiste einer Grundsatzkritik an der PH FHNW zu brechen. Die Fragen drehen sich um den Grad der Akademisierung eines Berufs, der sich oft sehr stark als Handwerk empfindet. Es geht aber auch um die Rücksichtnahme auf stark fragmentierte, soziodemografische Umstände von Studierenden sowie um den Grad der Selbstständigkeit, der Studierenden schlicht zugemutet werden muss.

Darüber hinaus geht es um den Lohn der Lehrerschaft – ohnehin ein traditionell kantonales Politikum sondergleichen –, aber auch um den Grad der Betreuung beim Berufseinstieg. Und ja, damit geht es um weit mehr, als mit einem Sturm der Entrüstung auf die oft vage formulierten «unhaltbaren Zustände» an der PH FHNW zu erreichen wäre.

Agitation ist also auch in diesem Fall alles andere als Legitimation – auch wenn jede und jeder so seine Ideen hätte, wie die Lehrerschaft seiner oder ihrer eigenen Kinder noch besser auszubilden wäre.

Es braucht jetzt umso mehr die Wiederaufnahme eines informierten bildungspolitischen Diskurses der Parlamente, der ebenso kompetent von den Regierungen geführt werden kann. Insbesondere im Bereich der Fachhochschulen und ja, vor allem im Bereich der Ausbildung unserer Lehrerinnen und Lehrer.



Andreas Schwald
andreas.schwald@chmedia.ch